

Kontinuitäten und Umbrüche: Die Parteien im Schatten von Corona

Gerd Mielke und Fedor Ruhose

1.

In kürzester Zeit hat sich die Corona-Krise zu einer Herausforderung, ja zu einer weltweiten Bedrohung des westlich-kapitalistischen Gesellschaftsmodells entwickelt. Auch in der Bundesrepublik, wie in fast allen europäischen Ländern, ist es zu den härtesten Einschränkungen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben seit dem Zweiten Weltkrieg gekommen. Umfassende Hilfsprogramme sind auf den Weg gebracht worden, um die unmittelbar erkennbaren Schäden abzumildern. Das wahre Ausmaß und die langfristigen Folgen der Corona-Krise sind jedoch selbst Monate nach dem Ausbruch der Krise auch von den thematisch betroffenen Wissenschaftsdisziplinen nicht zuverlässig abzuschätzen: Zu ungewiss sind derzeit noch die Erfolgsaussichten bei der weltweiten Suche nach wirksamen Medikamenten oder einem brauchbaren Impfstoff; zu unsicher erscheinen die Prognosen hinsichtlich der weiteren Ausbreitung des Corona-Virus, vor allem im Blick auf andere, mit den westlichen Ländern vor allem ökonomisch eng verbundenen Weltregionen. Mit anderen Worten: Umfassende Analysen von Ökonomen oder Soziologen über die gesamtsystemischen Entwicklungen sind derzeit nicht zu erwarten.

Deshalb wollen wir uns im Folgenden nur auf einen schmalen Ausschnitt beschränken. Aus dem breiten Spektrum von Veränderungen, die sich im politischen Prozess abzeichnen, wollen wir uns auf die Verschiebungen bei den Parteineigungen und Wahlabsichten in der deutschen Parteienlandschaft konzentrieren und diese zu interpretieren versuchen. Zunächst kann man ganz pauschal feststellen, dass sich in diesem Bereich bemerkenswerte Verschiebungen vollzogen haben. Diese sind aber unter dem allgemeinen Eindruck der Krise allenfalls am Rande registriert worden.

Ein genauerer Rückblick auf die Wahlergebnisse¹ und Umfrageergebnisse² seit der letzten Bundestagswahl vom 23. September 2017 zeigt, dass alle seither angefallenen empirischen

- 1 Wir haben für diesen Text die Bundestagswahlen seit 2002, aber eben auch die nach 2017 stattgefundenen Landtagswahlen bzw. die Europawahl 2019 ausgewertet.
- 2 Auf der Website wahlrecht.de finden sich fortlaufend die Ergebnisse der führenden deutschen Umfrageinstitute zur sogenannten „Sonntagsfrage“. Aufgelistet werden dabei die Ergebnisse folgender Institute: Institut für Demoskopie Allensbach, EMNID (Kantar), FORSA, Forschungsgruppe Wahlen, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS), Infratest dimap, INSA, Yougov. Es ist vielleicht hilfreich, an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die hier betrachteten Institute ihre aktuellen Umfrageergebnisse auf durchaus unterschiedlichen methodischen Wegen gewinnen und in unterschiedlichen Zeitintervallen präsentieren. So gewinnt etwa das Institut für Demoskopie Allensbach seine Daten im Rahmen einer Face-to-Face-Befragung auf der Basis einer Quotenstichprobe; INSA und Yougove konstruieren ihre Umfrageergebnisse auf der Grundlage einer internetbasierten Befragung von nach Quotenvorgaben ausgewählten Mitgliedern eines Befragten-Pools; alle anderen Institute greifen für ihre Befunde auf telefonische Befragungen zufällig ausgewählter Personen zurück. Die Zeitintervalle der Ergebnispräsentationen reichen von wöchentlichen Präsentationen – etwa bei FORSA, INSA und EMNID (Kantar) – über vierzehntägige Intervalle – bei der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap – bis hin zu monatlichen Präsentationen beim Institut für Demoskopie Allensbach.

Befunde zum Wahlgesehen bis eben in die zweite Märzwoche dieses Jahres, also bis zum Ausbruch der Corona-Krise, sich ziemlich genau in die allgemeinen Thesen eingefügt haben, mit denen die politikwissenschaftliche Forschung die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems in Deutschland seit der Bundestagswahl 2005, spätestens aber seit 2009 zu interpretieren versucht hat.

Dabei stehen zwei thematische Stränge im Vordergrund. Zum einen hob die Parteienforschung den Wandel bzw. den Niedergang des für Deutschland lange Jahrzehnte prägenden Typus der sogenannten Volkspartei hervor. Zum andern wurde in zahlreichen Arbeiten der Parteiensystemforschung das Ende des lange dominanten bipolaren Parteiensystems zugunsten eines neuartigen Parteiensystemtyps diskutiert, für den sich allerdings noch kein begrifflicher Konsens durchgesetzt hat: Die Umschreibungen reichen vom „fluiden Fünf-Parteien-System“ bis zum Parteiensystem eines „polarisierten Pluralismus“. Unterhalb und innerhalb dieser Themenfelder des Parteienwandels und des Parteiensystemwandels befasste sich eine lange Reihe von spezifischen Analysen mit einzelnen Aspekten dieser Entwicklungen, etwa mit der Mitglieder-, Eliten- und Programmentwicklung in den einzelnen Parteien oder dem Aufkommen neuer Parteien wie der AfD.

Dann erfolgte auch für die Parteienforschung der „Corona-Schock“: Die meisten Wandel- und Niedergangsszenarien erfahren ab der zweiten Märzwoche 2020 einen deutlichen Umbruch, oder sie werden durch neue Entwicklungen ergänzt und überlagert. Dabei treten drei besondere Umstände zu Tage, die in ihrer Kombination die Vermutung aufdrängen, die Krise sei nicht nur ganz allgemein und unspezifisch bedeutsam, sondern auch so verhaltensrelevant, dass aus ihr nicht nur kurzfristige Stimmungsschwankungen hervorgehen, sondern sich auch größere Veränderungen, ja Umbrüche im Blick auf die Einstellungen zu den politischen Akteuren ergeben können.

Eine erste Besonderheit der Corona-Krise war die über mehrere Wochen, ja Monate³ überwältigende Dominanz in den Medien. Damit unmittelbar verbunden war zweitens der Umstand, dass die schnelle Ausbreitung des Corona-Virus ein breites Spektrum an politischen Maßnahmen auslöste, die zu drastischen Verhaltensänderungen für buchstäblich alle Bürger in allen zentralen Daseinsbereichen der Gesellschaft führte und gleichzeitig auch von nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten diskutiert wurde. Drittens schließlich wurde schnell klar, dass die Corona-Krise in keinem Fall als eine nur nationale Krisensituation interpretiert werden konnte. In all ihren Dimensionen, von den spezifischen Ursachen und Entstehungszusammenhängen der Krise über die jeweiligen medizinischen und gesundheitspolitischen Bewältigungsstrategien bis hin zu den mittel- oder langfristigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen, stets erschien die Corona-Krise als eine umfassende und gefährliche Problemlage, die die üblichen nationalen bzw. regionalen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte bei weitem übertraf. Entsprechend vermittelte die Corona-Krise den Eindruck, man sei hier mit einer globalen „Menschheitsbedrohung“ konfrontiert. In diesem umfassenden Sinne übte die Corona-Krise eine unmittelbare, fortlaufend medial interpretierte und verstärkte und über dem normalen Parteienwettbewerb angesiedelte Wirkung auf die Bürger aus.

3 Der hier vorliegende Beitrag ist in seinen theoretischen und konzeptionellen Grundzügen zwischen den Osterfeiertagen und Mitte/Anfang Mai 2020 entwickelt worden.

Zunächst zeigten sich einige auffällige Verschiebungen bei den Popularitätswerten der Parteien. Entgegen der in den letzten Jahren immer deutlicheren Schwäche der Volksparteien wurde ein allerdings höchst asymmetrisches Wiedererstarken dieser vormaligen Säulen des bundesrepublikanischen Parteiensystems deutlich. So legte die CDU/CSU laut FORSA bei der Sonntagsfrage in der Zeit vom 7.3. bis zum 9.5.2020 von 26 % auf 40 % zu; die SPD fiel im gleichen Zeitraum allerdings nach einem leichten Anstieg von 15 % auf 17 % am 2.5. wieder auf 15 % eine Woche später zurück⁴.

Im Gegenzug zeichnete sich ein deutlicher Rückgang der Grünen als „neuer“ Volkspartei ab. Hatten sie bei der Forschungsgruppe Wahlen noch im Herbst 2019 mit 27 % gleichauf mit der CDU/CSU gelegen, so ist dieser Wert inzwischen auf 18 % abgeschmolzen; allein in der von uns hier besonders betrachteten Zeit ab Mitte März um fünf Prozentpunkte⁵.

Auch die drei anderen, im Bundestag vertretenen Parteien verzeichnen in der Corona-Krise Rückgänge, auch wenn diese zum Teil schon früher einsetzen wie bei der AfD. Deren innerparteiliche Konflikte über den Umgang mit dem rechtsextremistischen „Flügel“ unter Björn Höcke nach den Erfolgen bei den ostdeutschen Landtagswahlen im Spätjahr 2019 haben zweifellos – zusätzlich zum Corona-Effekt – zur teilweisen Erosion der AfD-Anhängerschaft beigetragen.

In der Summe haben die ersten Wochen der Corona-Krise nicht nur auffällige Veränderungen im Kräfteverhältnis der einzelnen Parteien hervorgebracht. Auch die Struktur des deutschen Parteiensystems insgesamt hat sich in zweierlei Hinsicht verändert. Zum einen ist die formale Position der Union als hegemonialer Pol noch klarer hervorgetreten. Das deutsche Parteiensystem hat erstmals Züge der „Einpoligkeit“ angenommen. Zum andern hat sich auch die thematische Struktur des Parteienwettbewerbs verändert. Weder manifestierte sich in den Corona-Wochen der für Deutschland so lange Zeit prägende, „klassische“ Gegensatz zwischen Anhängern der Marktfreiheit einerseits und Befürwortern eines an dem Leitmotiv der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichteten Wohlfahrtsstaats andererseits, noch kam in dem plötzlichen Wandel der Zustimmungsraten der „neue“ Großkonflikt zwischen Anhängern und Gegnern der Globalisierung zum Ausdruck. Letzterer ist vor allem von international vergleichenden Parteienforschern aus dem gleichzeitigen Zuwachs der Grünen und der rechtspopulistischen AfD diagnostiziert worden⁶. Sowohl die Parteien, die in der Bundesrepublik den sozio-ökonomischen Konflikt vor allem repräsentieren, also die SPD und die Linke, als auch die Protagonisten des Globalisierungskonflikts, die Grünen und die AfD, verzeichnen keine bzw. nur minimalen Zuwächse.

Der Wandel im Bereich einzelner Parteien wie auch in der Struktur des Parteiensystems

- 4 Bei der Forschungsgruppe Wahlen fiel der Zuwachs für die Union von 6.3. bis zum 24.4.2020 ähnlich deutlich aus. Die Union nahm von 26 % auf 39 % zu. Die SPD verblieb mit 16 % auf demselben Niveau.
- 5 FORSA vermeldet für den Zeitraum vom 14.3. bis zum 11.4. 2020 gar einen Rückgang von 24 % auf 16 %.
- 6 Die vergleichende Forschung zu dem neuen Globalisierungskonflikt ist in verschiedenen europäischen Forschungseinrichtungen wie dem WZB in Berlin und an der Universität Zürich im Wesentlichen durch den Schweizer Parteienforscher Hanspeter Kriesi und seine Mitarbeiter vorangetrieben worden. Siehe hierzu: Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Bornschier, Tim Frey: „Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared“, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 45, 6, 2006, S. 921 – 957; Swen Hutter, Hanspeter Kriesi: *European Party Politics in Times of Crisis*. New York 2019.

insgesamt lässt nach unserer Einschätzung die Corona-Krise als „critical moment“⁷ der Parteienentwicklung erscheinen. Wir wollen im Folgenden diese Entwicklung in drei Schritten betrachten. Zunächst versuchen wir eine genauere Bestimmung der Corona-Krise. Sodann diskutieren wir die Probleme, die sich für die Parteien im Blick auf diesen spezifischen Krisentypus ergeben: Weshalb können sie ihre Position verbessern? Weshalb stagnieren sie? Schließlich gehen wir der Frage nach, ob und wie die Einfluss auf die kommenden Wahlen, vor allem die Bundestagswahl 2021 nehmen kann bzw. nehmen wird. Dabei werden wir uns im Wesentlichen auf die (vormaligen) Volksparteien CDU/CSU und SPD konzentrieren, aber auch die anderen Parteien in deren Umfeld einordnen.

2.

Schon in den ersten Tagen der Corona-Krise etablierte sich eine spezifische mediale Berichterstattung, mit der die Besonderheiten der Krise zum Ausdruck gebracht werden sollten. So wurden ab Mitte März fast an jedem Abend zumindest in den öffentlichen Fernsehkanälen aktuelle Sondersendungen ausgestrahlt. Mit der Zunft der Virologen und Epidemiologen, aber auch mit anderen medizinischen Experten, Ärzten und Krankenschwestern, bereicherte ein völlig neuer Typus von Experten mit seinen spezifischen Sichtweisen die medialen Bühnen. Historische Vergleiche mit der „Spanischen Grippe“ gegen Ende des Ersten Weltkriegs oder gar der Ausbrüchen der Pest in der frühen Neuzeit, sowie die blitzschnelle Preisgabe von ökonomischen bzw. Haushaltsdogmen wie der „Schwarzen Null“ machten überdies deutlich, dass es sich um eine Krise handelte, die alle bisherigen Krisen der Nachkriegsjahrzehnte in den Schatten stellte.

Aber für die von uns verfolgten Fragen, ob und wie die Corona-Krise Einfluss auf das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu den Parteien ausübt, helfen diese medialen Vergleiche noch nicht weiter. Auch die etwa von dem Trierer Parteienforscher Uwe Jun in der Osterausgabe der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“ im Blick auf die jüngsten Umfragen vertretene These, in und von Krisen würden eben die jeweiligen Regierungen am stärksten profitieren, stimmt in dieser Verallgemeinerung nicht. Krisen haben zwar in der Tat manchmal einen „Regierungsbonus“ ausgelöst, allerdings haben sie auch schon vielen Regierungen schlimme Abstürze in der Wählergunst beschert und stattdessen anderen, oppositionellen Parteien massive Zuwächse nach dem Prinzip des „Klientel-Effektes“ zukommen lassen: Es kommt zum einen auf die Art und die Entwicklung der Krise und zum andern auf die Erfolgs- oder Fehlschläge bei der Krisenbewältigung an. Wie kann man also den Typus der Corona-Krise präziser bestimmen?

Die meisten Theorien, die das Aufkommen und die Funktionsweise von Parteien in modernen Demokratien erklären, lassen sich zugleich auch als ökonomische, gesellschaftliche

7 Die amerikanische Wahlforschung hat das Konzept der sogenannten „critical election“ zur Bezeichnung von Wahlen benutzt, bei denen es zu einschneidenden Veränderungen im Bereich der politischen Einstellungen zu Parteien, Kandidaten und Sachfragen kommt. In den letzten Jahrzehnten ist das Konzept auf fast alle westlichen Demokratien ausgedehnt worden. In Anlehnung an diese Begrifflichkeit sprechen wir von einem „kritischen Moment“, der allerdings nicht am Zeitpunkt einer spezifischen Wahl angesiedelt ist, sondern sich auf eine einschneidende Veränderung des thematischen und gesellschaftlichen Wahlkontexts bezieht. Den gängigen Ausgangspunkt der Diskussion um „critical elections“ bildet der schon klassische Beitrag von V. O. Key: *A Theory of Critical Elections*; in: *The Journal of Politics*, Vol. 17, 1955, S. 3 – 18.

oder kulturelle Krisentheorien verstehen. Dabei zeichnen sich in der bisherigen Forschung vor allem zwei unterschiedliche theoretische Zugänge ab.

So erklärt die im Zusammenhang mit der Entstehung der meisten europäischen Parteien und Parteiensysteme nach wie vor gängigste Theorie, die sogenannte Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan, das Aufkommen gerade auch der deutschen Parteien mit krisenhaften und vor allem fortdauernden Konflikten etwa zwischen kulturellen, konfessionellen oder sozio-ökonomischen Gruppen im Zuge der nationalen oder industriellen Revolution⁸. Nach dieser Sichtweise sind also die aus den entsprechenden Konflikten entstandenen Parteien gewissermaßen Spezialisten für bestimmte Krisen und Konflikte; denn sie haben sich im Lauf ihrer Geschichte politische Strategien und Instrumente zur Bewältigung zu Eigen gemacht und dadurch in der Regel ein stabiles Vertrauen als Krisenmanager in der Bevölkerung erworben. Als klassische Repräsentanten dieses Typus von politischen Krisenexperten in der Bundesrepublik gelten die SPD und die Grünen, die immer wieder von dem Ausbruch oder der Verschärfung etwa von Verteilungs- oder Klimakrisen verstärkten Zuspruch in der Wählerschaft erfahren haben. Freilich: Zumindest in der anfänglichen, besonders bedrohlich wirkenden Ausbruchphase der Corona-Krise haben sich die Wählerinnen und Wähler eben nicht hinter diesen politischen „Krisenspezialisten“ versammelt, sondern ihre Unterstützung vor allem für die CDU/CSU signalisiert. Ganz offensichtlich „passte“ die Krise nicht zu den Verteilungs- oder Umwelt- bzw. Klima-Strategien von SPD und Grünen.

Ein alternatives Theoriemodell der Zuordnung von Parteien zu bestimmten Krisen ist im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Grünen und auch anderer sogenannter „postmaterialistischer“ Bewegungen in modernen westlichen Gesellschaften in den 1970er Jahren von dem amerikanischen Sozialologen Ronald Inglehart⁹ entwickelt worden. In seiner Wertewandels- und Postmaterialismus-These bezieht sich Inglehart unter anderem auf die Studien des Psychologen Abraham Maslow zur Struktur menschlicher Bedürfnisse, der – hier stark vereinfacht skizziert – von einer Pyramide menschlicher Bedürfnisse ausgeht, die von einem Fundament von physiologischen Grundbedürfnissen über Sicherheits- und soziale Bedürfnisse bis hin zu individuellen und Selbstverwirklichungsbedürfnissen reicht¹⁰. Inglehart – und mit ihm eine Reihe anderer, eher politikwissenschaftlich ausgerichteter Sozialwissenschaftler – haben nun Maslows Bedürfnistheorie auf das Themenfeld sozio-ökonomischer und kulturell bedeutsamer Interessenvertretung durch gesellschaftliche und politische Bewegungen und Parteien bezogen und dabei herausgearbeitet, dass sich etwa die klassischen deutschen Parteien während des 19. Jahrhunderts vor allem in den Bedürfnisbereichen organisiert und profiliert haben, in denen das Prinzip der Knappheit im Blick auf die wirtschaftliche und soziale Bedürfnisbefriedigung dominierte. So erscheinen in diesen,

8 Einen umfassenden Überblick über die Ausprägungen dieser Krisen und die in diesem Zusammenhang entstandenen Parteien in verschiedenen Demokratien westlich-liberalen Zuschnitts geben: Ulrich Eith, Gerd Mielke (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*. Wiesbaden 2001; dies.: „Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien“. In: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): *Parteien und soziale Ungleichheit*. Wiesbaden 2017, S. 39 – 61.

9 Siehe hierzu: Ronald Inglehart: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton/ New Jersey 1977; ders.: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*. Frankfurt, New York 1989.

10 Siehe hierzu das Schlüsselwerk Abraham Maslow: *Motivation and Personality*. New York 1954.

an Maslow orientierten Analysen traditionelle Parteien wie die Union, die Sozialdemokraten oder die Liberalen als politische Konkurrenten eben auf dem Feld der sozialen oder Sicherheitsbedürfnisse, die wiederum als „materialistische“ Bedürfnisse zusammengefasst werden. Demgegenüber werden die Grünen als politische Repräsentanten individueller und Selbstverwirklichungsbedürfnisse als „postmaterialistische“ Partei eingeordnet. Betrachten wir die jüngste Entwicklung der Parteien nun vor dem analytischen Raster dieses Theorie-modells, so fallen zwei Besonderheiten auf.

Zum einen – und hier ergibt sich eine Parallele zu dem weiter oben abgehandelten Cleavage-Modell – zeichnen sich keine signifikanten Veränderungen bei der typenspezifischen Parteienpopularität ab, weder bei den „postmaterialistischen“ noch bei den „materialistischen“ Parteien, freilich eben mit Ausnahme des deutlichen Zuwachses bei der CDU/CSU. Zum andern lenkt das „Bedürfnis-Modell“ jedoch die Aufmerksamkeit auf die spezifische Beschaffenheit bzw. den über den spezifischen Bedürfnistyp umschriebenen thematischen Kontext der Corona-Krise: Im Gegensatz zu allen anderen Krisen der letzten Jahrzehnte ist diese Krise eben nicht in den „materialistischen“ oder „postmaterialistischen“ Bedürfnisdimensionen angesiedelt, die für moderne Gesellschaften kennzeichnend sind, sondern sie entfaltet sich aus dem in aller Regel von politischen Konflikten höchst selten betroffenen Feld der physiologischen Grundbedürfnisse.

„Gesundheit“, hier verstanden als eine gesamtgesellschaftliche, ja universelle Kategorie, versehen mit der zusätzlichen Zuspitzung auf eine eventuelle und breiteste Lebensbedrohung, hat in der Gestalt der Corona-Krise zumindest während der Entfaltungsphase ab Mitte März 2020 für einen guten Monat den „normalen“ politischen Wettbewerb außer Kraft gesetzt bzw. massiv überlagert. Diese fundamentale Wettbewerbsveränderung bzw. Überlagerung des demokratischen Alltags ist auf vielfältige Weise medial bebildert und interpretiert worden. Dies gilt in besonderem Maße für die Berichterstattung zur Corona-Krise in Italien, etwa mit den Abtransporten von Leichen auf Militärlastwagen.

In den Medien trat neben den vertrauten politischen Eliten plötzlich die bis dahin weitgehend unbekannte wissenschaftliche Expertenelite der Virologen und Epidemiologen in den Vordergrund und übernahm die Definitions- und Interpretationshoheit über die Krisensituation. Mediale Exkurse in andere, ebenfalls von Corona betroffene Länder wie eben Italien, Spanien oder die USA mit ihren teilweise dramatischen Schwierigkeiten, die Corona-Krise einzudämmen, unterstrichen und verstärkten die Plausibilität der Einschätzungen der neuen Expertenelite. Unter dem Eindruck ihrer Krisenszenarien vollzogen sich in atemberaubender Geschwindigkeit auf breitester Front teilweise radikale Brüche mit lange verteidigten Dogmen, etwa der ominösen „Schwarzen Null“ bei der Haushaltsgestaltung. Kurzum: Vor allem in der Anfangsphase der Corona-Krise kam es mit der plötzlichen und spektakulär bedrohlichen, öffentlichen Dominanz der physiologischen Grundbedürfnisse zu der weitgehenden Suspendierung bzw. Überlagerung des normalen politischen Prozesses durch die Verschiebung zentraler Definitions- und Interpretationskompetenzen an ein gesellschaftliches Subsystem und seine Expertenelite. Politik folgte ganz plötzlich für eine gewisse Zeitspanne anderen Regeln und unterlag einer anderen Logik, ja, es ergibt sich eine Phase einer markanten „Entpolitisierung“ zugunsten einer unangefochtenen Konzentration auf einen umfassenden Gesundheitsschutz.

Diese „entpolitisierte“ Phase erstreckt sich definitiv bis in die Woche nach den Osterfeiertagen, also für einen guten Monat, als am 15. April in einer Schaltkonferenz die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten die öffentliche Diskussion über die Lockerung der allgemeinen Beschränkungen in Gang setzen und im Zuge dieser Debatte zur Lockerung auch der zuvor so einhellige Konsens zwischen allen politischen Parteien unter der immer noch unangefochtenen Interpretationshoheit der Pandemie-Experten zerbröselt. Auf der politischen Ebene bilden sich zwei Lager heraus. Die „Bremser“ unter der Führung von Bundeskanzlerin Merkel und des bayerischen Ministerpräsidenten Söder treten für eine allenfalls sehr restriktive Aufhebung der verschiedenen Beschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens ein. Demgegenüber machen sich die „Lockerer“ unter der Führung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Laschet und mit der gezielten und forcierten Unterstützung des für einige Wochen weitgehend von der medialen Bildfläche verschwundenen FDP-Vorsitzenden Lindner für eine zügige Wiederbelebung vor allem wirtschaftlicher Aktivitäten und gesellschaftlicher Teilbereiche stark.

Begleitet wird diese allmähliche politische Polarisierung von deutlichen Autoritätsverlusten der zuvor noch so unangefochtenen Virologenzunft, von einer stärkeren öffentlichen Einflussnahme der klassischen, vor allem ökonomischen Interessenvertreter, aber auch durch eine Änderung der Medienberichterstattung und hier besonders in den Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme.

Zwar gibt es auch nach den Osterfeiertagen noch immer fast täglich Sondersendungen zur „Corona-Lage“, aber die thematischen Akzente verschieben sich. Sowohl in der „Tagesschau“ und in den „Tagesthemen“ der ARD als auch in „heute“ und im „heute-journal“ des ZDF wird zum einen die Berichterstattung über die Entwicklung der Corona-Krisen in anderen Ländern deutlich heruntergefahren, obgleich sich die Entwicklungen der Corona-Krise in den USA oder in Großbritannien teilweise dramatisch zuspitzen. Mit diesen Verschiebungen verliert die Pandemie zumindest einen Teil ihrer vormaligen medialen Wucht als internationale Bedrohung. Zum andern ergibt sich eine gewisse „Re-Politisierung“ und Pluralisierung der Corona-Frage durch die stärkere Einbeziehung und Berücksichtigung zusätzlicher Expertenbereiche wie Ökonomen und Vertreter besonders in Mitleidenschaft gezogener Interessengruppen wie etwa den Kulturschaffenden, der Tourismusbranche oder den Restaurant- und Gasthofbetreibern. Aber auch Repräsentanten von sozialen Gruppen wie Kindern, Jugendlichen oder Alleinerziehenden, die besonders von den Einschränkungen des öffentlichen Lebens betroffen sind, tragen zu einer wachsenden Vielstimmigkeit der Diskussionen über den Umgang mit der Corona-Krise bei.

Wir können also zwei Phasen der Corona-Krise bzw. ihrer öffentlichen Interpretation in Deutschland unterscheiden. Eine erste Phase wird durch die vollständige Dominanz des universellen Bedrohungsleitmotivs und eines daraus sich entwickelnden Konsens von Mitte März bis Mitte April geprägt. Mit dieser Dominanz eines in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands – aber auch aller anderen westlichen Demokratien – neuartigen Leitmotivs aus dem Segment der physiologischen Grundbedürfnisse im Sinne Maslows kommt es zu einer mehr oder minder vollständigen Suspendierung des herkömmlichen politischen Prozesses und seiner Akteure. Vor allem die Parteien können unter diesen Umständen nicht ihre traditionellen Interpretationsmuster des sozio-ökonomischen und kulturellen Gesche-

hens aufrufen und damit in dieser Ausnahmesituation prinzipiell vertraute gesellschaftliche Konflikte aktualisieren.

Die zweite Phase setzt nach der Osterwoche ein und erstreckt sich bis Ende Mai. Sie ist durch die teilweise Auflösung des übergreifenden Konsenses bzw. durch eine Rückkehr zu einer zumindest partiellen Kontroverse über die zu Gebot stehenden Lockerungsstrategien als Auswege aus der Phase maximaler Beschränkungen sozialer Kontakte gekennzeichnet. Freilich bedeutet diese Rückkehr keineswegs eine Fortsetzung des klassischen Parteienwettbewerbs vor der Corona-Krise. Die Kontroversen um die unterschiedlichen Lockerungsstrategien sind immer noch überwölbt von der Dominanz des universellen Bedrohungsszenarios¹¹. Man kann all diese Wochen seit dem Ausbruch der Krise also durchaus als eine Phase im Sinne des von uns oben angesprochenen „critical moment“ in Anlehnung an die Klassiker der amerikanischen Wahlforschung bezeichnen, also als einen Kontext des politischen Umbruchs mit länger fortdauernder Prägekraft interpretieren.

3.

In dieser ersten Corona-Phase von Mitte März bis Mitte Mai 2020 haben sich ein erheblicher Teil der Parteien und mit ihnen das gesamte Parteiensystem deutlich verändert. Im Größenverhältnis der Parteien zueinander hat sich die CDU/CSU ganz eindeutig in die Position einer hegemonialen Partei im Vergleich zu den konkurrierenden Parteien entwickelt. Alle anderen Parteien haben in dieser Zeit entweder an Zuspruch in der Wählerschaft verloren wie etwa die Grünen und die AfD oder sie stagnieren weitgehend auf dem Niveau vor der Corona-Krise. Letzteres gilt für die SPD, die Linke und die FDP.

Diese Hegemonie im Parteiensystem kommt darin zum Ausdruck, dass der Zuspruch der in den Umfragen Befragten zur Union fast doppelt so stark ist wie die jeweiligen Wahlabsichten für die SPD und die Grünen und dass die Union mit ihrem hypothetischen Stimmenanteil von knapp unter 40 Prozent als einzige Partei mit jeweils nur einem Koalitionspartner – sowohl mit der SPD als auch mit den Grünen – eine satte, hypothetische Regierungsmehrheit zustande bringen kann¹². Demgegenüber können auf der derzeitigen Umfragegrundlage Koalitionsmehrheiten gegen die Union jeweils nur durch komplizierte Dreier-Bündnisse geschaffen werden, die zudem bei genauerem Hinsehen jeweils eine Reihe von politischen Sollbruchstellen enthalten.

Wie hat sich nun der bemerkenswerte Wiederaufstieg der CDU/CSU ergeben? Zunächst muss man feststellen, dass die Union von der Corona-Krise in einer eher angespannten und von innerparteilichen Problemen verunsicherten Verfassung erwischt worden ist. Nach dem

11. Daran ändern auch vereinzelte mediale Vorstöße und Provokationen etwa von Wolfgang Schäuble und dem Tübinger Bürgermeister Boris Palmer nichts, die mit Thesen gegen die Vordringlichkeit des Prinzips der Lebens- und Gesundheitssicherung im Verlauf der Corona-Debatte eine Rückkehr zur „normalen“ politischen und pluralistischen Diskussion zu forcieren versuchen.
12. Die Möglichkeit zu einem Zweier-Bündnis besteht zudem – immer unter der Berücksichtigung der Fehlermargen bei Umfragen – sogar im Blick auf die FDP, die in allen Umfragen der letzten Wochen einen hypothetischen Stimmenanteil zwischen 5 und 8 Prozent aufweist. Damit stünden der Union gleich drei Zweierbündnisse offen: Neben der ja nun schon mehrfach gewählten „Großen Koalition“ das auf Bundesebene neue Koalitionsmodell „Schwarz-Grün“ und nicht zuletzt das klassische Modell der „bürgerlichen Koalition“ mit den Liberalen, dem immer noch häufigsten Koalitionspartner der Union auf Bundesebene.

Rückzug von Angela Merkel vom Parteivorsitz und ihrem angekündigten Verzicht auf eine erneute Kanzlerkandidatur entwickelte sich unter der neuen Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer recht schnell eine instabile Führungssituation. So wurde immer wieder deutlich, dass eine Reihe von Rivalen auch nach dem deutlichen Erfolg Kramp-Karrenbauers beim Ringen um den Parteivorsitz im Dezember 2018 keineswegs bereit waren, ihre Ambitionen aufzugeben, sondern keine Gelegenheit ausließen, die Position Kramp-Karrenbauers durch mehr oder minder subtile mediale Attacken zu schwächen. Zum ändern musste sich die neue Vorsitzende nach den bemerkenswerten Erfolgen der AfD und nach den ostdeutschen Landtagswahlen im Spätjahr 2019 mit teilweise verdeckten, in jedem Fall komplexen Richtungsstreitigkeiten in der Partei auseinandersetzen. Entnervt kündigte sie schließlich am 10. Februar 2020, also einen Monat vor Ausbruch der Corona-Krise, an, sich im Lauf des Jahres vom Parteivorsitz zurückzuziehen. Unter dem Eindruck dieser fortwährenden unionsinternen Zerwürfnisse war die Zustimmung zur CDU/CSU in den nationalen Umfragen im Februar auf 26 % abgesunken: die Union war angezählt.

Als Ursache für den schnellen Wiederaufstieg der CDU/CSU zur hegemonialen Vormacht innerhalb des deutschen Parteiensystems wird vor allem ihre beherrschende Rolle als Regierungspartei angeführt. Wir haben schon kurz diese, in verschiedenen Medien propagierte These hingewiesen, wie sie etwa von Uwe Jun vertreten worden ist, aber auch erste Zweifel daran angemeldet. Uns erscheint stattdessen eher ein Bündel von recht unterschiedlichen Ursachen diese jähe Renaissance ausgelöst zu haben.

Ein erster Ursachenkomplex liegt zweifellos in dem allgemeinen Schockerlebnis des Krisenausbruchs und seiner medialen Resonanz. Dadurch wurde nicht nur ein breiter Bedrohungskonsens, sondern auch eine bemerkenswerte Zufriedenheit mit den Maßnahmen der Regierung bzw. mit der Bundesregierung und ihren zentralen Figuren geschaffen. So vermeldet die Forschungsgruppe Wahlen im Politbarometer vom 24. April eine gute Beurteilung der Krisenbewältigung für die Regierung insgesamt von 90 % der Befragten und für Bundeskanzlerin Merkel von 83 % der Befragten. Die gute allgemeine Beurteilung des Umgangs mit der Corona-Krise schließt auch zum einen eine durchgängig positive Einstellung zu zahlreichen Einzelmaßnahmen ein, vor allem aber wird sie zum anderen durch die guten Beurteilungen der Befragten vor allem für Unionspolitiker und – politikerinnen zu einem Vertrauensschub für die CDU/CSU.

Unter den zehn wichtigsten und populärsten politischen Persönlichkeiten finden sich allein sechs Unionsrepräsentanten, angeführt mit großem Abstand von der Bundeskanzlerin¹³. Die These von der Bedeutung der Regierungsrolle für das Erstarken der Union in der Corona-Krise kann also dahingehend differenziert werden, dass die CDU/CSU neben der traditionell starken „Präsidentin“ Angela Merkel derzeit über ein ziemlich breites Spektrum an attraktiven Führungspersönlichkeiten verfügt. Dies ist ein deutlicher Unterschied zum sozialdemokratischen Partner in der Großen Koalition. Obschon die SPD in der Regierung

13 Die wichtigsten Politikerinnen und Politiker werden beim Politbarometer anhand einer Skala mit einem Wertebereich von minus 5 bis plus 5 ermittelt. Angela Merkel rangiert mit einem Wert von 2,6 klar an der Spitze, gefolgt von Markus Söder und Olaf Scholz mit 2,0 auf den Plätzen zwei und drei. Die anderen Unionspolitiker unter den Top Ten sind Jens Spahn auf Rang 4 mit 1,5, Armin Laschet mit 1,0 (6.), Horst Seehofer mit 0,6 (8.) und schon ziemlich abgeschlagen Friedrich Merz mit 0,2 (9.).

mit Olaf Scholz, Hubertus Heil und Franziska Giffey die gerade in Corona-Zeiten bedeutsamen Ressorts für Finanzen, für Arbeit und Soziales sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt und in den Medien sehr präsent ist, kann sie von diesen Persönlichkeitseffekten nur in geringem Maße profitieren. Im Unterschied zur Union mit ihren beiden, auch bundesweit populären und stimmungsprägenden Ministerpräsidenten Söder und Laschet hat sich bei den Sozialdemokraten bislang auch noch niemand aus der Riege ihrer Ministerpräsidenten als bundespolitisch prägende und Parteipopularität stiftende Figur positionieren können¹⁴.

Neben der allgemeinen Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Regierungsarbeit und der Popularität des christdemokratischen Regierungspersonals unter der Führung von „Präsidentin“ Merkel mag aber noch ein anderer Faktor zum Aufschwung der CDU/CSU beigetragen haben: der Nimbus der Union als verlässliche politische Bezugsgröße in Krisenzeiten.

Damit ist ein Faktor aus dem weiten, manchmal durchaus von Mythen geprägten Feld der politischen Kultur in ihrer historischen Dimension angesprochen. Der historische Ansatz der Kulturforschung sieht in der politischen Kultur nicht nur eine Ansammlung von Einstellungsmustern in der Bevölkerung gegenüber politischen Objekten und Prozessen, die als kulturelles Fundament die politischen Strukturen tragen und ihre Funktionstüchtigkeit gewährleisten, sondern dieser Ansatz schließt über die aktuellen Einstellungen hinaus auch ein Arsenal von „Erinnerungsorten“, geschichtlichen Ereignissen und darauf basierenden „Mythen“ als historische Substanz der politischen Kultur ein. So gelten hierzulande etwa das Hambacher Schloss oder die Paulskirche wie auch die Reformation oder die Reichsgründung unter Bismarck als elementare Bausteine im Rahmen dieses Verständnisses von politischer Kultur.

14 Veränderungen bei der Wahlabsicht in den Umfragen im Umfeld der Corona-Krise lassen sich auch auf Länderebene beobachten. Allerdings werden Umfragen mit Daten zur Wahlabsicht in den Bundesländern weit aus seltener durchgeführt als auf der Bundesebene; zudem führen jeweils ganz verschiedene Meinungsforschungsinstitute diese Befragungen durch. Unter diesen Umständen lassen sich die politischen Kräfteverhältnisse auf Länderebene nur mit zum Teil erheblichen Vorbehalten mit einander vergleichen. Für die von uns hier genauer betrachtete Zeitspanne vom Beginn bzw. unmittelbar vor der Corona-Krise bis Ende April/Anfang Mai liegen Umfragedaten nur für sieben von insgesamt 16 Ländern vor, und zwar für Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Für diese Länder vergleichen wir jeweils die Wahlabsichten kurz vor bzw. zu Beginn der Corona-Krise mit den Wahlabsichten Ende April/Anfang Mai. Dabei vergleichen wir für jedes Land nur Ergebnisse jeweils eines Instituts, um so spezifische Gewichtungseffekte verschiedener Institute für die Bestimmung von Veränderungen der Wahlabsicht nicht zu vermischen.

Die Vergleiche scheinen auch für die Länderebene unsere These von einem Unionszuwachs zu bekräftigen, und sie relativieren die These von einem unspezifischen Regierungsbonus. Danach legt die CDU/CSU in allen sieben Ländern in dem hier betrachteten Zeitraum zu; in den beiden Ländern, in denen sie den Ministerpräsidenten stellt, liegt die Zuwachsrate jedoch deutlich höher. Am stärksten jedoch fällt der Zuwachs in Rheinland-Pfalz, wo die CDU seit nunmehr fast 30 Jahren in der Opposition verharrt. Vergleicht man die Entwicklung der Wahlabsicht bei den jeweils führenden Parteien im Lande, so ergeben sich für die Union jeweils starke Zuwächse, für die SPD in Brandenburg und Rheinland-Pfalz leichte Zugewinne und für die Grünen in Baden-Württemberg und die Linke in Thüringen sogar leichte Verluste. Allerdings gilt es bei diesen Vergleichen zu beachten, dass für die CDU wie auch für die SPD populäre und zum Teil auch bundespolitisch durchaus sichtbare Ministerpräsidenten nicht zu Buche schlagen konnten. Man denke etwa an die Ministerpräsidenten Volker Bouffier, Michael Kretschmer und Daniel Günther auf Seiten der CDU sowie an sozialdemokratische Amtsträger wie Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Stephan Weil.

Im Unterschied zu Frankreich, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten ist der Fundus an unbelasteten Erinnerungsorten und politisch-kulturellen Mythen in Deutschland durch die Verbrechen und – damit verbunden – den Missbrauch der Geschichte durch den Nationalsozialismus weitgehend ruiniert worden. Dennoch können wir schon auch in den wenigen Jahrzehnten der Bundesrepublik eine Reihe mythenrächtiger Kristallisationspunkte ausmachen, die bereits Eingang in die historisch angereicherte politische Kultur gefunden haben. Zu nennen sind hier die Gründung als demokratisches Gemeinwesen im Jahr 1949 nach der politischen und moralischen Katastrophe des Dritten Reichs, der Mauerbau im Sommer 1961 als negative Folie für die Stabilisierung der liberalen Demokratie im „Westen“ oder natürlich der Fall der Mauer im November 1989 und später die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Diese markanten und durchaus krisenhaften Einschnitte der jüngsten Geschichte stellten einerseits immer auch Herausforderungen an die Staatlichkeit, Integrationsvermögen und „leadership qualities“ der zentralen Akteure dar. Andererseits entwickelten sich die aus diesen Krisensituationen destillierten Narrative und „Mythen“ zu festen Bestandteilen des Selbstverständnisses und Rollenbewusstseins der zentralen politischen Akteure. Aber eben auch in der medialen Öffentlichkeit und nicht zuletzt in weiten Teilen der Anhängerschaft wuchsen auf diese Weise den Parteien und ihren Protagonisten Vertrauensvorschüsse und der Glauben an spezifische „Heilungskräfte“¹⁵ zu. In diesem, über historische Beispiele profilierten Verständnis von politischer Kultur konnten gerade die Unionsparteien in der Corona-Krise von ihrem Nimbus als Partei tendenziell obrigkeitlicher Staatlichkeit profitieren, obschon sie sich ja selbst – eine durchaus ironische Pointe – in den letzten Jahrzehnten immer wieder gezielt von dem Image einer staatsinterventionistischen Partei distanziert hatten. Man kann es vielleicht so zuspitzen: Die CDU/CSU wurde in der Corona-Krise konservativer, aber eben nicht neo-konservativer. Sie konnte unter der Führung von „Präsidentin“ Merkel in der kritischen ersten Phase der Corona-Krise an die Überzeugungskraft und die Integrationsstärke ihrer Amtsvorgänger Adenauer und Kohl anschließen und zumindest temporär wieder ihre schon mehrfach erfolgreich wahrgenommene Rolle als „deutsche Krisenpartei“ reklamieren.

Wie die Union so befand sich auch die SPD vor dem Beginn der Corona-Krise in einer

15 Das Schlüsselwerk zu dem Themenbereich obrigkeitlicher „Heilungskräfte“ stammt von dem französischen Historiker Marc Bloch, einem der profiliertesten Vertreter der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschungsgemeinschaft „Les Annales“. (Auf deutsch: Marc Bloch: Die wundertätigen Könige. Mit einem Vorwort von Jacques Le Goff. München 1998.) Bloch, Professor an der Universität Straßburg und 1944 als Mitglied der Résistance von der Gestapo ermordet, befasst sich zunächst und vordergründig mit dem Jahrhunderte überdauernden Glauben an Heilungskräfte bei den mittelalterlichen Königen in Frankreich und England, diskutiert dann aber auch die mentalitätsgeschichtlichen Folgen, die sich aus diesem Glauben auch für das politische Leben der Moderne ergeben. So greift etwa Max Weber mit seiner bekannten Kategorie des Charismas auf ähnliche Wurzeln zurück. In der deutschen Forschung zur politischen Kultur ist dieser mentalitätsgeschichtliche Ansatz unter dem Einfluss empirisch-analytischer Studien in der Tradition von Gabriel Almond und Sidney Verba leider weitgehend verloren gegangen, wenngleich sich auch in der jüngsten Vergangenheit immer wieder Elemente „wundertätiger“ und symbolträchtiger Interventionen finden lassen, die dann allerdings in der Regel – und natürlich auch mit einer gewissen Berechtigung – als Akte der Empathie bzw. direkten herrschaftlichen Durchgriffs interpretiert worden sind. Hier sei etwa an Helmut Schmidts unorthodoxe Interventionen bei der Hamburger Sturmflut von 1962 oder Gerhard Schröders persönliches Engagement beim Elbhochwasser im Jahr 2002 erinnert, die beide zu festen Bestandteilen des jeweiligen Politikerimage wurden und auch auf die SPD abstrahlten.

prekären Situation. Seit dem desaströsen Abschneiden der Sozialdemokraten bei der Europawahl 2019 mit 15,8 % und der gleich danach einsetzenden Demontage der Parteivorsitzenden Andrea Nahles, die sich Anfang Juni von all ihren Ämtern und Mandaten zurückziehen begann, hat sich die Partei an einem umfassenden personellen und inhaltlichen Neubeginn versucht. Nach einem langen und aufwendigen Kandidatur- und Wahlverfahren wurden am 6. Dezember 2019 schließlich Saskia Eskens und Norbert Walter-Borjans von den Parteimitgliedern als neue Vorsitzende gewählt. Allerdings hatte sich bis zum Ausbruch der Corona-Krise weder bei den noch verbliebenen Anhängern der SPD noch bei den Mitgliedern der Parteiführung ein spürbarer Konsens darüber herausgebildet, ob mit dieser neuen Doppelspitze ein überzeugender Neubeginn geschafft worden war. Die Umfragen zu Jahresbeginn verhiessen mit hypothetischen Wahlabsichten zwischen 11 % und 16 % in jedem Fall keine grundsätzliche Wende zum Guten¹⁶.

Im Verlauf der Corona-Krise selbst ist in den Umfragen kein Aufschwung der SPD zu verzeichnen, auch wenn die absoluten Tiefpunkte in der Wählerpopularität, die FORSA noch zu Jahresbeginn ermittelt hatte, von recht stabilen Umfragewerten um die 15-Prozent-Marge abgelöst wurden. In die Interpretation dieser Stagnation fließen ebenfalls verschiedene Thesen ein. Zum einen taucht die schon für den Unionsaufschwung bemühte These vom Krisenbonus für die Regierung in der modifizierten Variante vom „Sonnendeck- und Maschinenraum-Effekt“ auf. Diese These ist übrigens erstmals nach dem Absacken der SPD in einer Großen Koalition bei der Bundestagswahl 2009 auf 23 % vor allem im sozialdemokratischen Umfeld artikuliert worden. Sie postuliert, dass die Union als Partei der Kanzlerin einseitig und unverdient – gewissermaßen im Liegestuhl auf dem Sonnendeck – den (Stimmen-) Lohn für die Erfolge der Großen Koalition abgeschöpft habe, wohingegen die hart – im heißen und stickigen Maschinenraum – schuftende SPD leer ausgegangen sei. Auch nach der Bundestagswahl 2017 mit dem Rückgang des SPD-Anteils auf nunmehr nur noch 20,5 % war die „Sonnendeck-These“ nochmals vereinzelt vorgebracht worden.

Die „Sonnendeck-These“ bzw. die „Maschinenraum-These“ war in beiden Fällen nicht überzeugend¹⁷, aber sie erscheint vor allem in der Corona-Krise nicht plausibel. Zum einen vermag sie eben nicht zu erklären, weshalb die die Popularitätsschere zwischen den beiden Koalitionspartnern sich genau in der Krise öffnete. Zum andern hat sich die SPD

16 Auf der Ebene der konkreten Wahlergebnisse konnte die SPD im September 2019 in Brandenburg und Ende Februar 2020 in Hamburg durch ihre populären Ministerpräsidenten bzw. Ersten Bürgermeister Dietmar Woidke und Peter Tschentscher trotz Verlusten ihre führenden Positionen verteidigen. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen rutschte die SPD hingegen auf 10 % bzw. sogar auf 8 % ab; diese beiden Länder haben sich jedoch schon seit längerer Zeit als absolute Krisen- und Diaspora – Zonen für die Sozialdemokratie entwickelt.

17 Über die Ursachen für den kontinuierlichen Abstieg der SPD nach 1998 gibt es eine intensive sozialwissenschaftliche Debatte. Nach unserer Einschätzung hat sich dieser Abstieg aus einer langen Reihe von strukturellen, programmatischen und strategisch-taktischen Defiziten und Fehlern ergeben. Die beste Analyse dieser Defizite ist von der SPD nach dem katastrophalen Bundestagswahlergebnis von 2017 noch vom damaligen Vorsitzenden Martin Schulz angestoßen und dann im Sommer 2018 publiziert worden. Unter der Leitung des ehemaligen SPIEGEL-Redakteurs Horand Knaup hatten Yvonne Schroth von der „Forschungsgruppe Wahlen“, der Kampagnenexperte Frank Stauss, Jana Faus von „Pollytix“ und der vormalige niedersächsische Staatssekretär Michael Rüter ein breites Spektrum von Bestimmungsfaktoren für erfolgreiche Kampagnen untersucht und unter dem Titel „Aus Fehlern lernen“ veröffentlicht.

für ihre Mitwirkung in der gegenwärtigen Großen Koalition eine optimale Ressortzuteilung gesichert. Mit dem Finanz-, Arbeits- und Sozial-, dem Familien- und dem stets Popularität steigernden Außenministerium verfügte sie im Vergleich zur Union über ein maßgeschneidertes Ressortspektrum aus sozialdemokratischer Sicht. Zudem waren während der Krise die Kabinettsmitglieder der SPD, ergänzt durch eine Reihe von Ministerpräsidenten und anderen profilierten SPD-Politikern¹⁸, mit großem Einsatz oft mehrmals täglich in fast allen Medienformaten präsent. Dies erbrachte jedoch keinen signifikanten Anstieg der SPD in den Umfragen.

Die Stagnation der SPD auf dem Wählermarkt scheint also nicht primär und unmittelbar auf die Maßnahmen und Auftritte ihrer Führungsriege in den letzten Wochen und Monaten zurückzugehen. Auf diesem Feld hat die SPD keine erkennbaren Fehler begangen. Ganz offensichtlich hängt die fortdauernde Umfragemisere der Sozialdemokraten mit Faktoren zusammen, die sich schon geraume Zeit zuvor ergeben und zu einem stabilen Niedergangs- bzw. Stagnationssyndrom verfestigt hatten.

Dabei zeichnen sich zwei Ursachenketten ab, die sich wechselseitig verstärken. Zum einen weisen die SPD und ihre Führung des Jahres 2020 und der Corona-Krise nach wie vor personelle, programmatische und stilistische Kontinuitäten hinsichtlich der Verwerfungen in der deutschen Sozialdemokratie der letzten Jahrzehnte auf. Dabei ist das zentrale Datum: Der Stimmenanteil der SPD ist von 40,9 % bei der Bundestagswahl 1998 kontinuierlich auf einen (hypothetischen) Stimmenanteil von nur noch rund 15 % zu Beginn des Jahres 2020 abgeschmolzen. Aktuelle SPD-Repräsentanten wie die Bundesminister Scholz, Heil oder Maas werden mithin immer auch mit diesem Niedergang assoziiert. Es ist, vorsichtig formuliert, keine leichte Aufgabe, mit eben diesen „alten“ Führungsfiguren nun einen „neuen“ Aufschwung zu inszenieren. Zum andern hat die SPD im vergangenen Jahr mit der Direktwahl ihrer beiden neuen Vorsitzenden – übrigens mit einem Sieg in der Stichwahl über das Gespann Olaf Scholz und Klara Geywitz – den Willen zu einem personellen, politischen und programmatischen Neubeginn zum Ausdruck gebracht. Dieser Neubeginn hat sich jedoch vor der Corona-Krise äußerst schleppend angelassen; zumindest ist er nicht als gezielte Distanzierung von den Jahren des Niedergangs in die potentielle Anhängerschaft und die Öffentlichkeit kommuniziert worden. Dieses Zaudern bei dem Projekt „Neubeginn“ hat sich unter dem Eindruck und den Zwängen der Corona-Krise noch massiv verstärkt; die schiefe Möglichkeit einer „neuen“ Sozialdemokratie ist derzeit von allen Diskussionshorizonten verschwunden. Diese Unentschlossenheit ist natürlich zu einem großen Teil der Krisenlogik geschuldet. Aber sie drängt die SPD auch während der Krise dauerhaft in die undankbare Rolle einer Partei, die im schmerzhaften Spagat zwischen dem Niedergang der vergangenen Jahrzehnte und den zarten ersten Schritten eines Neubeginns ausharrt.

Die Corona-Krise als zeitlicher Kontext hat also bei den beiden Traditionsparteien unterschiedliche Mechanismen ausgelöst bzw. verstärkt, die dann auch jeweils unterschiedliche Auswirkungen am Wähler- und Umfragemarkt hatten. Im Fall der CDU/CSU verdeckte die Krise zum einen die instabile und konfliktträchtige Führungssituation der Partei. Zum andern wurde durch die Zwänge der Pandemie die Union in eine Führungslage manövriert, in

18 Besonders Malu Dreyer und Stephan Weil, aber in der „Lockerungsphase“ auch der Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach sind hier zu nennen.

der mit der präsidentialen Rolle Merkels, verstärkt durch ihre Nähe zu der neuen Expertenzunft und eingelagert in die Tradition als Krisenpartei, eine konservativ-etatistische Ausstrahlung die Attraktivität und das Integrationsvermögen der Partei deutlich erhöhte. Bei der SPD hingegen kam im Verlauf der Corona-Krise der zuvor mühsam angelaufene Erneuerungsprozess mehr oder minder zum Stillstand. All die entschlossenen Maßnahmen und Interventionen, wie auch die engagierten Medienauftritte der sozialdemokratischen Ressortminister signalisierten eben keine Wende in dem langfristigen Prozess der sozialdemokratischen Erosion. Auf diese Weise sind beide Traditionsparteien durch die Krise in grundsätzlich offene Lagen bugsiiert worden, die Union in einen instabilen Aufschwung, die SPD in eine nach wie vor unsichere Stagnation.

Es wäre zweifellos reizvoll, die Folgen dieser Entwicklung der vormaligen Volks- und Großparteien auch auf all die anderen Elemente des Parteiensystems zu diskutieren. Wir wollen uns hier auf wenige Anmerkungen zu den Grünen und zur AfD beschränken, die von der Parteienforschung als die Repräsentanten des neuen Großkonflikts der Globalisierung eingeordnet werden.

Die Grünen sind in den letzten Jahren mit diesem Großkonflikt vor allem in den Ländern der alten Bundesrepublik zu einem zentralen Faktor im Parteiensystem aufgestiegen. Sie haben in all den gesellschaftlichen Gruppen und Milieus Fuß fassen können, die im wirtschaftlichen und vor allem kulturellen Sinne zu den Gewinnern und in der Regel auch den Befürwortern einer Politik gehören, die die nationalen Grenzen übersteigt. Waren die Grünen in ihren Anfängen noch ziemlich präzise über die postmaterialistische, vorwiegend im Humandienstleistungssektor angesiedelte Nachfolgeneration von Gruppen der Mittelschicht definiert, so sich im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte ihre soziale Verankerung erweitert¹⁹. Dazu hat eine Abfolge von teils begrenzten, teils weltweiten Krisen wie etwa der Klimawandel oder die Migration wesentlich beigetragen. Auch ihre Führungsschicht hat sich verändert. Sie rekrutiert sich nicht mehr in erster Linie aus früheren Aktivisten der sogenannten „Neuen Sozialen Bewegungen“, sondern die neuen Partieliten weisen ähnliche Rekrutierungsmuster auf wie die jungen Eliten anderer Parteien auch. Zudem sind sie als nur mäßig ideologisierte „Professionals“ „anschlussfähig“ hin zu SPD und CDU/CSU gleichermaßen²⁰.

Der Ausbruch der Corona-Krise hat den politischen Aufstieg der Grünen zum Stillstand gebracht und einen deutlichen Abschwung ausgelöst. Die aktuelle Trendwende ist durch den Wechsel der politischen Agenda vor allem zu Beginn der Krise, von „postmaterialistischen“ und „ökologischen“ Themen in den Bereich physiologischer Grundbedürfnisse, plausibel zu erklären. Freilich signalisieren Teile der öffentlichen Diskussionen über die Lockerungen der

19 Nicht zuletzt ist den Grünen mit dem Aufkommen neuer Protestbewegungen wie „Fridays for Future“ eine deutliche Verjüngung ihres aktivistischen Vorfelds sowie ein Anschluss an aktuelle Protestpotentiale gelungen. Damit ist die allmähliche „Alterung“ und der Anschluss der Grünen an das Mittelschichtsestablishment durch die beruflichen Karriereverläufe der grünen Anhänger zumindest in Teilen kompensiert worden.

20 Vor allem die derzeitigen Parteivorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck zählen über die engere Parteianhängerschaft der Grünen hinaus zu den populärsten Politikern in der Bundesrepublik. Sie nehmen beide im April-Ranking des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen einen Platz unter den ersten Zehn ein. Damit sind die Grünen auf der Ebene der Kandidatenpopularität nach der Union die Partei mit den zweitmeisten Repräsentanten unter den dort ausgewiesenen Spitzenpolitikern.

Corona-Einschränkungen bereits eine voraussichtliche Erholung von diesem zwischenzeitlichen Abschwung, etwa durch die Forderung der Grünen, staatliche Hilfen für bestimmte Wirtschaftsbereiche an den Ausbau von klimarelevanten Sparten zu koppeln. Insofern zeichnet sich für die Nach-Corona-Phase durchaus die Fortschreibung einer für die Grünen günstigeren politischen Agenda und damit auch ein erneuter Anstieg in der Wählergunst ab.

Auch die AfD, der Gegenpol zu den Grünen im neuen Globalisierungskonflikt in der deutschen Wählerschaft²¹, hat in der Corona-Krise Verluste bei der Wahlabsicht erfahren. Von einem bundesweiten Wahlabsichtsniveau von rund 14 % zu Jahresbeginn 2020 ist die AfD auf etwa 10 % im Mai abgesunken. Im Vergleich zu dem Popularitätshoch von 18 % im Sommer 2018 hat sich damit der AfD-Anteil fast halbiert. In diese längerfristigen Verluste gehen neben dem „Corona-Effekt“, der wie bei den Grünen mit dem Wandel der politischen Agenda zusammenhängt, vorrangig auch die öffentlichen und innerparteilichen Kontroversen über die Stellung des rechtsradikalen „Flügel“ ein. Ob und wie stark die damit wieder aufgelebte Debatte über die Nähe der AfD zum Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus die mittel- und langfristigen Wahlchancen der AfD beeinträchtigen wird, bleibt abzuwarten. Immerhin hat die AfD bei den Landtagswahlen im Spätjahr 2019 in Brandenburg 23,5 %, in Sachsen 23,4 % und in Thüringen 27,5 % erzielen können. Unter diesen Vorgaben und bei einer erneuten Aktualisierung des Globalisierungskonflikts erscheint auch ein Wiedererstarren der AfD durchaus wahrscheinlich.

4.

Die Corona-Krise sowohl mit ihrem anfänglichen, von massiven Einschränkungen geprägten Ausbruch als auch mit der heute noch nicht abgeschlossenen Phase von Lockerungen eben dieser Einschränkungen bildet die Startrampe für die Wahlen des Jahres 2021. Nach dem Auftakt mit den drei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg am 14.3. und in Sachsen-Anhalt am 6.6. wird die Bundestagswahl turnusgemäß wohl entweder am 19. oder 26. September als Höhepunkt des Wahljahres stattfinden. Wie werden sich die im Verlauf der Krise beobachteten Verschiebungen zwischen den Parteien und im Parteiensystem im kommenden Jahr auswirken?

Präzise Prognosen sind auf diesem Feld – daran sei hier besonders erinnert – aus zwei Gründen kaum möglich. Zum einen ist die Corona-Krise als „critical moment“ in unserem Sinne, eben als prägender zeitgeschichtlicher Kontext, noch nicht an ihr Ende gekommen. Das Pandemie-Geschehen kann entsprechend einen nur schlecht vorhersehbaren Verlauf nehmen. Zum andern enthalten bei allen Parteien die spezifischen Abläufe im Umfeld der drei Landtagswahlen und vor allem im Vorfeld der Bundestagswahlen zahlreiche Imponderabilien. So haben im Blick auf die Bundestagswahl etwa beide Partner der Großen Koalition

21 Im Gegensatz zu einigen anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa – wie etwa die SVP in der Schweiz oder die FPÖ in Österreich – waren in der Bundesrepublik Parteien im rechten politischen Spektrum durch die Verbrechen der Nationalsozialisten in hohem Maße kompromittiert, ein Umstand, der lange Jahrzehnte allen Rechtsparteien einen dauerhaften Platz im deutschen Parteiensystem verwehrte. Die AfD hat sich demgegenüber inzwischen in allen Länderparlamenten etablieren können, zuletzt knapp mit 6,1 % in Hamburg.

darüber zu entscheiden, mit welchem Kanzlerkandidaten sie ins Rennen gehen werden und ob sie auf eine bestimmte Koalition zuhalten sollen. Auch die Ergebnisse der vorgelagerten Landtagswahlen können, wie schon 2017, erheblichen Einfluss auf die Stimmungslagen in der Wählerschaft ausüben. All diese Unwägbarkeiten werden freilich nicht die Prägekraft der Corona-Krise völlig ausschalten. Sie wird im kommenden Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit wirksam bleiben.

Die CDU/CSU hat mit der Corona-Krise einen schon fast rasanten Aufschwung erfahren. Sie geht mit einem deutlichen Vorsprung und als klare Hegemonialpartei im Parteiensystem in die kommenden Monate. Allerdings enthält dieser Corona-Aufschwung zwei nicht unwesentliche Tücken. Er gründet in erheblichem Maße auf dem Renommee und dem persönlichen Habitus der langjährigen Bundeskanzlerin und einer von Angela Merkel in den Krisenzeiten bewusst anvisierten, konservativ-etatistischen Ausrichtung der Union, zwei Bestimmungsfaktoren für den Aufschwung, von denen zumindest einer – nämlich Kanzlerin Merkel – im Blick auf die kommenden Wahlen mit Sicherheit nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Aber auch die ungewohnt etatistische Anmutung der Partei, die zum Aufschwung der Union auch in eher sozialdemokratischen Wählerkreisen beigetragen hat, wird sich nicht automatisch mit jedem Kanzlerkandidaten – etwa mit Friedrich Merz – ergeben.

Auch für die SPD halten die Erfahrungen der Corona-Krise einige sperrige Lehren bereit. Ganz offensichtlich ist es der gegenwärtigen sozialdemokratischen Regierungsrige trotz starken thematischen Rückenwinds und einer engagierten Medienpräsenz nicht gelungen, einen Stimmungsumschwung zugunsten der Partei herbei zu führen. Überdies konnte auch das starke, vor allem innerparteiliche Streben nach einem politischen Neuanfang in der Krise nur unzureichend berücksichtigt werden. Was ergibt sich aus diesen ungelösten Problemen für die Kür des sozialdemokratischen Spitzenkandidaten? Auf der anderen Seite scheint sich schon mittelfristig nach den Corona-Erfahrungen in der Bundesrepublik eine Renaissance von Verteilungskonflikten und auch Investitionen in staatliche Strukturen anzukündigen, eigentlich eine vertraute und reizvolle politische Agenda für eine traditionsbewusste Sozialdemokratie.

Die Union wie auch die SPD sehen sich also gerade durch die „moderne“ Corona-Krise unversehens mit strategischen Aufgaben konfrontiert, die neben vielen Varianten der Digitalisierung mancher Lebens- und Gesellschaftsbereiche jeweils ein durchaus starkes Element einer gewissen „Re-Traditionalisierung“ erfordern. Wenn nicht alles täuscht, werden im ersten Wahljahr im Schatten von Corona – und ganz unzeitgemäß – überzeugende Konzepte für eine wiederbelebte und effiziente Staatlichkeit und der Abbau einer über Jahrzehnte nicht nur geduldeten, sondern gezielt geförderten Ungleichheit wahlentscheidend sein. Den Wahlkampfstrategen von Union und Sozialdemokratie stehen wohl schlaflose Nächte bevor. Die Grünen warten ab.